Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Press release
Kiel, 15.11.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

**SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

# Weiter keine Finanzierungszusage vom Bund für Altlastenstandort Wikingeck

*"Ob die dringend nötige Sanierung am Wikingeck wirklich wie geplant im kommenden Jahr beginnen kann, ist völlig unklar. Das ist bitter für unsere Region und verschärft die Situation für die beteiligten Projektpartner", kommentiert Stefan Seidler, Bundestagsabgeordneter für den SSW das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen im Deutschen Bundestag.*

"Wir sehen einmal mehr: Der Norden hatte im ehemals unionsgeführten Verkehrsministerium keine Priorität. Die vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär der CDU Enak Ferlemann in Aussicht gestellte Bundesförderung von 66% der Gesamtkosten der Sanierung bestand aus nicht mehr als warmen Worten. Gerade bei solch wichtigen Projekten, wie der Beseitigung von Umweltverschmutzungen in Boden und Grundwasser muss auf die Aussagen des Bundes unbedingt Verlass sein", mahnt Seidler und fügt an: "Die neue Bundesregierung ist in Sachen Wikingeck sicher kein leichtes Erbe angetreten aber Bundesverkehrsminister Wissing und Bundesfinanzminister Lindner müssen jetzt liefern! Dass dies in zwei Haushaltsverhandlungen unter einer Ampel-Regierung nicht geklappt hat, dafür fehlt mir jedes Verständnis. Die Umweltverschmutzung an der Schlei wird nicht kleiner. Es braucht Lösungen im Sinne der Region und kein politisches Ping-Pong."

SSW IM LANDTAG

"Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass der Haushaltsausschuss die Bundesregierung über einen Maßgabebeschluss aufgefordert hat, mit den Projektpartnern eine Einigung über die Aufteilung der Finanzierungskosten für die schadstoffbelasteten Flächen am Wikingeck bis Ende März 2023 zu finden. Das Parlament treibt die Regierung jetzt an. Das ist gut und absolut geboten. Besonders der Kreis Schleswig-Flensburg braucht dringend verbindliche Zusagen vom Bund, um mit dem Sanierungsprojekt fortfahren zu können. Berlin muss so schnell wie möglich liefern", sagt Stefan Seidler, der sich im Bundestag für den Norden stark macht.